

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 3

Vorwort: Die erste Seite
Autor: Binswanger, Hans Christoph

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die erste Seite

DIE WIRTSCHAFT ist zu einem philosophischen Thema geworden, bei dem die Frage: Was soll's? immer deutlicher gestellt wird. Soll das quantitative Wachstum der Wirtschaft weiter fortgesetzt werden, wie es die Regierungschefs der Gipfelkonferenz an der Downing Street in London erneut proklamiert haben, oder sollen wir zu einem Wachstum Null übergehen, wie es von den Ökologen gefordert wird?

Die zentrale Frage der Wachstumspolitik bildet die Energie. Sie ist heute von einem bloss wirtschaftlichen zu einem politischen Thema geworden. Man kann heute nicht mehr an der Tatsache vorbeisehen, dass, in Kalorien gemessen, der Anteil der menschlichen Arbeit an der Herstellung des Sozialproduktes nur noch ein kleiner Bruchteil ist und in Wahrheit unsere gesamte Produktion vom Einsatz mechanischer Energie abhängt. Dieser Einsatz ist aber in den letzten Jahren aus mehreren Gründen fragwürdig geworden. Die billigen Energiequellen, insbesondere das Erdöl, drohen bald zu versiegen; die ungleichmässige Verteilung dieser Quellen gibt zur Versuchung Anlass, sie als politisches Pressionsmittel zu verwenden. Die Erforschung neuer Energiequellen und Energietechnologien bedingt den Einsatz ungeheurer Summen für die Forschung, die von der privaten Wirtschaft allein nicht mehr getragen werden können. Der Atomenergie, die als hauptsächliche Alternative für das Erdöl vorgesehen war, ist ein starker Widerstand erwachsen.

All diese Gründe wirken dahin, dass die Energiefrage nicht mehr vom Tisch gewischt werden kann. Unter diesen Umständen drängt es sich auf, sie auch im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage nach der Zielsetzung der Wirtschaft zu behandeln und dieser Tatsache institutionell Rechnung zu tragen. Bisher war die Geld- und Währungspolitik der Nationalbank, allenfalls unterstützt durch die Fiskal- und Budgetpolitik des Bundes, das einzige makroökonomische Instrument der Wirtschaftspolitik. Wir erleben aber heute, dass dieses Instrument allein nicht mehr genügt. Als Zielsetzung drängt sich angesichts der gegensätzlichen Anforderungen an die Wachstumspolitik ein sparsamer Umgang mit der Energie auf, der durch Einsatz energie- und rohstoffsparender Investitionen zu einem qualitativen Wachstum, das heisst zu einer Entkoppelung von Bruttosozialproduktsteigerung und Energieverbrauch führt und auf diese Weise sowohl den Zusammenbruch der Wirtschaft als auch den Zusammenbruch der Umwelt vermeidet.

Hans Christoph Binswanger
